

Zum Thema Leerstände an der Hauptstraße:

Grundstein für Lähmung wurde vor 50 Jahren gelegt

Die Lähmung der Lilienthaler Geschäftsleute hat nicht erst mit der Straßenbahnplanung begonnen. Der Grundstein für die ersten Lähmungserscheinungen wurde schon vor zirka 50 Jahren gelegt.

Die Väter und Großväter einiger heutiger Geschäftsleute verhinderten vor etwa 50 Jahren den Bau der Umgehungsstraße. Sie befürchteten, dass durch die Umleitung des Verkehrs um Lilienthal herum die Kunden wegbleiben würden und bescherten unserem Ort somit einen jahrzehntelangen Durchgangsverkehr mit inzwischen 28 000 bis 30 000 Autos täglich. Wäre vor 50 Jahren die Umgehung gebaut worden, wäre der Bau dieser Straße weitaus preiswerter geworden, und die Lilienthaler Verschuldung wäre nicht so hoch.

Leerstände werden auch in Orten wie Ritterhude und Achim beklagt, obwohl hier keine Straßenbahn gebaut wird. Tragen nicht vielmehr die großen Einkaufszentren wie Dodenhof, Weserpark oder Waterfront außerhalb der Orte und die Discountketten Aldi, Lidl, Netto, Plus, Rossmann und andere in den Orten zu diesen Leerständen bei? Zusätzliche Parkplätze, die ja beim Straßenbahnbau geplant sind, werden hier wohl kaum zu großen Umsatzsteigerungen beitragen.

Auch die Eröffnung von weiteren Bäckereifilialen oder Friseursalons dürfte diese Misere nicht beheben. Der hiesige Wirtschafts-Interessening hat es leider bis heute nicht geschafft, einheitliche Öffnungszeiten der Lilienthaler Geschäfte zu erreichen. Dieser Schritt wäre kundenfreundlich und ohne große Kosten oder gar bauliche Veränderungen sofort möglich.

REINHOLD KLEPSCH, LILIENTHAL

Zum Artikel „Negative Auswirkungen erwartet“ vom 22. Januar:

Erklärungen gleichen einem Eiertanz

Die konfuse Erklärung des Bürgermeisters Willy Hollatz zur Finanzkrise gleicht einem Eiertanz. Die hausgemachte Gemeindeverschuldung auf die Finanzkrise abwälzen zu wollen, ist ein Affront gegen den normalen Menschenverstand. Dem Gemeinderat eine Mitschuld an der Gemeindeverschuldung suggerieren zu wollen, ist geschmacklos.

Verantwortungsbewusst hat der Gemeinderat bei dem ungeräumten Kostenwirrwarr zur Straßenbahn eine Deckelung bei 4,1 Millionen beschlossen. Der Bürgermeister und die Verwaltung planen jedoch unverdrossen weiter an einer überflüssigen Straßenbahn, obwohl schon heute davon ausgegangen werden kann, dass sich die Kosten für die Gemeinde Lilienthal mehr als verdoppeln, abgesehen von den Folgekosten.

Allein für den Planungs- und höheren Investitionsaufwand des Straßenbahnprojektes wurden schon 2008 rund 2,9 Millionen Mehrkosten festgestellt. Der Bürgermeister fordert im Zeitungsbericht zugleich eine weitere Konsolidierung, wer soll dies verstehen?

Die lapidare Aufforderung an den Gemeinderat, mehr Mut bei den Entscheidungen an den Tag zu legen, zielt jedoch nur auf Steuern oder Gebührenanhebungen, denen aber schon 2008 nicht zugestimmt wurde. Die einzig sinnvolle Entscheidung des Rates, statt Steueranhebungen vorrangig die Ausgaben einzuschränken zu wollen, scheint dem Bürgermeister entgangen zu sein.

PETER BRÜNING, LILIENTHAL

Unfinanzierbares Projekt in Zeiten der Rezession

In dem Artikel in der WÜMME-ZEITUNG vom 22. Januar stellt Herr Hollatz fest, dass die Gemeinde Lilienthal sich heute schon in einer finanziell schwierigen Lage befindet und dass die problematische gesamtwirtschaftliche Situation durch die Finanzkrise, die inzwischen auch in den Kommunen angekommen ist, zu einer denkbar ungünstigen Zeit gekommen sei. Weiter sagt Herr Hollatz, dass die verschlechterten Refinanzierungskonditionen den Zinsaufwand der Gemeinde belasten würden und die Konsolidierung der kommunalen Haushalte damit noch mehr Bedeutung als bisher gewinnen würde.

Ich stimme Herrn Hollatz uneingeschränkt in seiner Beurteilung der generellen Situation und im besonderen der Finanzsituation der Gemeinde Lilienthal zu. Unbegreiflich ist mir allerdings, dass Herr Hollatz in dieser so schwierigen Situation für Lilienthal nach wie vor am Projekt der Linie 4 festhält.

Herr Hollatz fordert den Rat zu mehr Mut bei seinen Entscheidungen auf und wendet sich damit an die Politik in Lilienthal. Wenn der Bürgermeister Willy Hollatz selbst nicht den Mut hat, das unnötige und unfinanzierbare Projekt Linie 4 zu kippen, dann sollte die Politik die Forderung von Herrn Hollatz aufgreifen und sich nun endlich mutig, wie Herr Hollatz es fordert, gegen das Projekt Linie 4 aussprechen und sich zu ihrem ursprünglichen Beschluss bekennen.

Die Politik in Lilienthal kann keinem Bürger in dieser Gemeinde erklären, dass sie in einer Zeit der Rezession und der internatio-

nen Finanzkrise ein unfinanzierbares Projekt gegen den Widerstand einer großen Anzahl von Bürgern unter Inkaufnahme eines weiteren extremen Schuldenaufbaus durchzuboxen bereit ist. Jeder Bürger in dieser Gemeinde, auch die Befürworter der Linie 4, hätten Verständnis, wenn die Politiker unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen sich von ihrer bisherigen Zustimmung zur Linie 4 endgültig verabschiedeten.

GERT VOGELS, LILIENTHAL

Zum Thema Linie 4:

Vielleicht mal den Kontakt zur Stadt Neuss suchen

In Neuss streiten die Bürger dafür, die Straßenbahn aus der Innenstadt zu entfernen, eine Bürgerinitiative will dafür einen Bürgerentscheid initiieren. Laut einer Studie der IHK sind 53,2 Prozent der Gewerbetreibenden an der Hauptstraße in Neuss für den Rückbau der Straßenbahn und 84 Prozent dieser Gruppe halten den bisherigen Busverkehr für ausreichend.

Die Begründung: In den letzten Jahren ist die Stadt Neuss im Wettbewerb mit den benachbarten Städten und Gemeinden stark zurückgefallen. Nach Meinung dieser Bürgergruppierung gehört zu einer wettbewerbsfähigen Stadt eine Straßengestaltung, die den Bürgern eine hohe Aufenthaltsqualität anbietet. Die Innenstadt muss ein Ort sein, an dem man sich gerne aufhält, an dem man Freunde trifft oder Feste feiert.

Lilienthal hat heute noch die Wahl zwischen einer Hauptstraßengestaltung mit Aufenthaltsqualität oder einer Verunstaltung der Hauptstraße durch eine Straßenbahn, die den gesamten Raum der Hauptstraße für sich in Anspruch nimmt.

Vielleicht suchen die Lilienthaler Ratsmitglieder einmal den Kontakt zur Stadt Neuss und informieren sich über die Gründe der Bürger, die den Rückbau der Straßenbahn in Neuss fordern. Es wäre für Lilienthal fatal, wenn erst nach einer Realisierung der Linie 4 in ein paar Jahren die Geschäftsleute und die Bürger erkennen, dass die Gemeinde Lilienthal im Wettbewerb mit anderen Einkaufsregionen verloren hat und ein Rückbau der Linie 4 unausweichlich ist, weil die Straßenbahn die schmale Hauptstraße in Lilienthal grenzenlos verunstaltet hat. Die schwierige finanzielle Situation der Gemeinde Lilienthal, wie der Bürgermeister sie gerade beschrieben hat, zwingt die Politik geradezu, auf das finanzielle Vabanquispiel der Linie 4 zu verzichten.

HERBERT ROSCHEN, LILIENTHAL

Zum Artikel „Mittel aus Topf der Wirtschaft?“ vom 20. Januar:

Vielfalt in der Bildung kommt allen zu Gute

Ich möchte vorausschicken, dass ich die Qualität der Arbeit unserer Kindergärten in der Gemeinde Lilienthal in keiner Weise schmälern möchte. Das vorhandene Angebot halte ich für gut.

Wenn sich eine Initiative beziehungsweise sogar ein Verein damit befasst, eine Waldorfeinrichtung in der Gemeinde Lilienthal zum Leben zu erwecken, ist es doch als erstes ein sehr lobenswerter Vorgang. Ein Waldorfindergarten und vielleicht später sogar noch darüber hinaus gehende schulische Einrichtungen wären sicher eine große Bereicherung in der Kinder- und Jugendbildung für junge Familien in Lilienthal.

In den letzten Jahren höre ich aus vielen Familien immer wieder das große Interesse, die Lehren des Rudolf Steiner in den Waldorfeinrichtungen für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bevorzugen. Ich kenne viele junge Familien, die lange Anfahrtswege in Kauf nehmen, um Waldorfeinrichtungen für ihre Kinder in Anspruch nehmen zu können.

Die Gemeinde Lilienthal und auch der Landkreis wären gut beraten, eine allseits anerkannte Lehre zur Bildungsvielfalt für junge Menschen, auch aus dem Umkreis, zu fördern, besonders, da, wie im vorliegenden Fall, aus einem Verein heraus eine große ehrenamtliche Tätigkeit bereits geleistet wird.

Die Politiker, sicher mit einigen Ausnahmen, sollten nicht nur oberflächliches Bekunden von sich geben, sondern sich intensiv und nachhaltig mit der Bildung unserer Jugend auseinandersetzen. Leider entsteht manchmal der Eindruck, dass Politiker es als lästig empfinden, sich mit an sie herangetragene Aktivitäten zu befassen, wenn sie nicht aus eigenen Initiativen entstanden sind.

Auch in Zeiten knapper Kassen sollten Möglichkeiten gefunden werden, eine solch interessante Initiative zu unterstützen.

Vielfalt in der Betreuung und Bildung kommt letztlich uns allen zu Gute.

LÜBBO SCHMIDT, LILIENTHAL

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar, sie werden aus den Zuschriften, die an die Redaktion gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihrer Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, bei denen die Nennung des Absenders nicht gewünscht wird, werden nicht veröffentlicht. Briefe, die per E-Mail an uns geschickt werden, müssen eine postalische Adresse enthalten. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.